

Heidelberg auf dem Weg zu einer inklusiven Kommune?

bmb-Veranstaltung am 5. Mai 2014,
Rathaus Heidelberg
Mehr als 60 Forderungen an die
Heidelberger Stadtverwaltung und
Kommunalpolitik

Bei der Veranstaltung des bmb
– Beirat von Menschen mit Behin-
derungen der Stadt Heidelberg
– anlässlich des europäischen
Protesttages zur Gleichstellung
von Menschen mit Behinderungen
wurden am 5. Mai 2014 mehr als 60
Forderungen und Wünsche an die
Heidelberger Stadtverwaltung und
Kommunalpolitik gestellt. An die-
sem Tag haben die Besucherinnen
und Besucher des Aktionstages im
Rathaus Heidelberg darüber abge-
stimmt, welche der Wünsche und
Forderungen ihnen am wichtigsten
erscheinen. Daraus hat sich eine
Reihenfolge der Wichtigkeit/Dring-
lichkeit ergeben. Das heißt aber
nicht, dass alle übrigen Wünsche
und Forderungen weniger Gewicht
hätten.

Der bmb wird diese Forderungsliste
in seine weitere Arbeit einfließen
lassen und dafür sorgen, dass sie
gemeinsam mit Akteuren der Stadt-
verwaltung und Kommunalpolitik in
einer angemessenen Zeit bearbeitet
– und realisiert wird.

Die Reihenfolge der Wünsche/
Forderungen in dieser kleinen
Broschüre ist keine Prioritäten-
liste – sie richtet sich nach dem
Befragungsergebnis vom 5. Mai
2014. Dort kamen die Themen „Bar-
rierefreier, bezahlbarer Wohnraum
für Menschen mit Behinderungen“,
„Gemeinsame Kultur- und Frei-
zeitangebote für behinderte und
nichtbehinderte Menschen“ und das
Thema „Barrierefreie Mobilität für
behinderte Menschen in Heidelberg“
durch Punktevergabe der anwesen-
den Menschen auf die Ränge 1 bis
3. Die übrigen Themen der Wunsch-
und Forderungsliste:

- **Angebote und Leistung**
- **Arbeit und Beschäftigung**
- **Beteiligung und Mitsprache**
- **Bildung und
Lebenslanges Lernen**
- **Information
und Kommunikation**
- **Öffentlicher Raum**
- **Wohnen und Versorgung**

werden in ihrer alphabetischen
Reihenfolge abgedruckt. Die Einzel-
wünsche/Einzelforderungen dieser
Themenblöcke erscheinen in der
zeitlichen Abfolge ihrer Einreichung.

bmb-Geschäftsstelle beim
Amt für Soziales und Senioren
Fischmarkt 2
69117 Heidelberg
Telefon: 06221 / 58 38540; 06221 / 58 38190
Telefax: 06221 / 58 38900
geschaefsstelle@bmb-heidelberg.de
Internet: www.bmb.heidelberg.de

Gefördert durch die

**Aktion
MENSCH**

Barrierefreies und bezahlbares Wohnen in Heidelberg

- 1 Mehr öffentliche Toiletten für Menschen mit Behinderungen
- 2 Gemeinsames Projekt zum inklusiven Wohnen der Pädagogischen Hochschule und Lebenshilfe Heidelberg, Vorstellung der Rahmenbedingungen
- 3 Rettungs- und Notfall-Konzepte mit weniger Barrierefreiheit in allen Bereichen erarbeiten und umsetzen
- 4 Flächendeckend barrierefreie Wohnungen in Heidelberg; in Neubauten mindestens 1 barrierefreie Wohnung
- 5 Schaffung von mehr günstigen, zentral gelegenen, barrierefreien Wohnraum
- 6 Recht auf ein selbstbestimmtes Leben im eigenen zu Hause. Förderung des betreuten Wohnens
- 7 Einrichtung eines ambulanten Dienstes bei psychischen Krisen

Kultur und Freizeit

Gemeinsame Freizeit- und Kulturaktionen für Menschen mit und ohne Behinderungen

- 8 Inklusive Veranstaltung - Körper-Kunst-Aktion
- 9 Mehr inklusive Aktivitäten, Beispiel Party Halle 02
- 10 Mehr kulturelle und Weiterbildungsangebote ohne Hörbarrieren. Dazu die Information, welche technischen Mittel eingesetzt werden
- 11 Forderung an Kinobetreiber in Heidelberg (besonders Filmpalast Bahnstadt): Filme für Schwerhörige und ertaubte Menschen anbieten. Induktionsanlagen einbauen und regelmäßig Filmabende mit Untertitelung veranstalten
- 12 Schaffung von erlebbarem Tourismus für alle

Mobilität und Transport

Barrierefreier Öffentlicher Nahverkehr

- 13 Öffentlicher Personen-Nahverkehr soll inklusiv gestaltet sein
- 14 mehr barrierefreie Parkplätze in der Innenstadt (Stadhalle, Theater, Bismarckplatz etc.)
- 15 Altstadt, Hauptstraße brauchen bessere Bodenbeläge (befahrbarer Streifen)
- 16 Taxis, die E-Rollis befördern können. Telefon-Nummern und Erreichbarkeit veröffentlichen
- 17 Barrierefreie Haltestellen
- 18 Bordstein Absenkung für Rollstuhlfahrer
- 19 Umbau der Haltestelle Rohrbach-Süd, damit Umsteigen zwischen Bus und Bahn mit dem Rollstuhl barrierefrei möglich wird (viele bezahlbare und rollstuhlgerechte Wohnungen sind in den Stadtteilen Boxberg und Emmertsgrund vorhanden)
- 20 Straßenbahnhaltestelle Heiligenbergschule barrierefrei gestalten. Einstieg mit einem Rollator ist dort nicht möglich. Einstieg dann am OEG-Bahnhof, 500 m entfernt

- 21 Behindertenparkplatz Bergheimer Straße 109, Nähe Volkshochschule: Einschränkungen der Parkzeiten aufheben (Montag bis Freitag 8–18 h, nur 1 Stunde)
- 22 Aktion starten: Behindertenparkplätze mit Symbol am Boden UND mit einem Schild kennzeichnen
- 23 Forcierung des Mobilitätsnetzes
- 24 Grünphasen an Ampeln müssen so lang sein, dass geh- und sehbehinderte Menschen vielbefahrene Straßen überqueren können
- 25 Gehwegabsenkungen an Kreuzungen
- 26 Bei Straßenbelägen mehr auf glatte Oberflächen als auf Schönheit achten
- 27 Mehr Behindertenparkplätze in der Altstadt

Die übrigen Forderungen und Wünsche in alphabetischer Reihenfolge und in der Reihenfolge ihrer zeitlichen Einreichung

Angebot und Leistungen

- 28 Förderung der Arbeit und Beschäftigung an Modellen für die Umsetzung eines trägerübergreifenden persönlichen Budgets
- 29 Mehr Veranstaltungsräume mit verlässlicher Induktionstechnik. Mikrofon- / Lautsprecher- und Induktionsanlagen sollen funktionieren und regelmäßig gewartet werden. Schnelle Reparatur, wenn eine Anlage defekt ist
- 30 Bürokratische Hürden bei Umsetzung der Inklusion abbauen
- 31 Klarheit bezüglich der Schnittstellenproblematik Jugendamt / Sozialamt- Eingliederungshilfe. Keine zusätzliche finanzielle Mehrbelastung der Familien durch Teilhabeanspruch eines Kindes mit Behinderung bis zum 18. Lebensjahr.
- 32 Bezahlbarkeit von Leistungen von Angeboten für Kinder mit geistiger und mehrfacher Behinderung (z.B. bei Ferienbetreuung)
- 33 Schulbegleitungen für Kinder mit Behinderungen soll von den Schulen aus zur Verfügung gestellt werden
- 34 Sozialticket preiswerter machen (Senioren zahlen weniger)
- 35 Für selbstbestimmtes Leben brauchen Menschen mit autistischer Behinderung Assistenz. Bessere Bezahlung ist nötig, um häufige Assistenzwechsel zu vermeiden

Arbeit und Beschäftigung

- 36 Einrichtung von Teilzeit-Arbeitsplätzen in Werkstätten für behinderte Menschen
- 37 Entwicklung von Konzepten zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt

Beteiligung und Mitsprache

- 38 bmb (Beirat von Menschen mit Behinderungen) und AMR (Ausländer- und Migrationsrat) sollen Stimmrecht in städtischen Ausschüssen bekommen
- 39 Stadt und Krankenkassen sollen gemeinsam eine Induktionsanlage für den großen Raum im Selbsthilfebüro bezahlen (Anm.: Stadt hat dafür ein Förderprogramm, muss von Selbsthilfebüro beantragt werden)
- 40 Inklusionsförderung: weniger Spezialisierung auf Spezialgruppen, mehr Sozialraum-Regie

Beteiligung und Mitsprache

- 40 Inklusionsförderung: weniger Spezialisierung auf Spezialgruppen, mehr Sozialraum-Regie
- 41 Bildung einer regelmäßig stattfindenden Arbeitsgruppe „Inklusion“ mit Vertretern aus Ämtern, Einrichtungen, Behörden, Vereine.
Ziel: Blick auf Sozialraum, Formulierung von Inhalten und Zielen, Niederschwelligkeit der Angebote

Bildung und Lebenslanges Lernen

- 42 Selbstverpflichtung der Stadt Heidelberg zur Inklusion in allen städtischen Einrichtungen und Angeboten
- 43 Heidelberg unterstützt als Schulträger Inklusion in ALLEN allgemeinen Schulen
- 44 Inklusive Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule

Information und Kommunikation

- 45 Online-Dokumente müssen barrierefrei zugänglich sein. Dokumente müssen auch in leichter Sprache vorliegen
- 46 Gemeinderats- und Ausschuss-Sitzungen live übertragen (Livestream) und als Audio-Dateien zur Verfügung stellen
- 47 Infotafeln: mehr Bilder als Text; hörbare Infos für Blinde
- 48 Mehr Akzeptanz, Respekt und Achtsamkeit für behinderte und schwerstkranke Kinder in Alltagssituationen (Busse, Bahnen, öffentliches Leben)
- 49 Aufklärung in pädagogisch-sozialen Arbeitsfeldern über Kinder mit Behinderungen und schwersten Erkrankungen
- 50 Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit über Institutionen und Unterstützungsdienste für behinderte und schwerkranke Kinder von Stadt/Land aus
- 51 Antragsformulare und Bescheide müssen für sehbehinderte / blinde Menschen barrierefrei zur Verfügung stehen (elektronisch, Braille, Großdruck)
- 52 Vermehrt Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern bei öffentlichen Veranstaltungen

Kommunikation und Information

- 53 Schulung von Behördenmitarbeitern in Deutscher Gebärdensprache (DGS) für barrierefreie Kommunikation
- 54 In jedem Geschäft DGS-kompetente Dienstleister für barrierefreie Kommunikation beim Bäcker, Friseur, Bank, Behörden usw.
- 55 Barrierefreie Medien durch Dolmetscher-Einblendungen und Untertitel

Öffentlicher Raum

- 56 Jede Treppenstufe muss markiert sein. Ein Treppengeländer braucht zur Gefahrenminderung / Vermeidung von Stürzen unbedingt Handläufe
- 57 Sehbehinderte Menschen brauchen bei Gebäuden, Straßen und Wegen deutliche Kontraste und großen Beschriftungen
- 58 Beleuchtung in der Augenklinik muss verbessert werden
- 59 Barrierefreier Umbau aller öffentlichen Schulen im Stadtgebiet. Alle sonstigen öffentlichen Gebäude für Rollstuhlfahrer zugänglich machen oder Alternativen schaffen
- 60 Unterstützung beim Abbau baulicher Barrieren im Stadtgebiet
- 61 Forderung nach Barrierefreiheit in allen Bereichen – hinweisen durch Aktion wie z.B. „Hero“ Japan